



Warnstreik, zur Not auch 24 Stunden lang: Das ist der Arbeitskampf in der Metall- und Elektrobranche. Vorneweg dabei: die Jugend! (Siehe Seite 7)

Ausgabe Februar 2018

inhalt

3 thema

Was bleibt? 50 Jahre Lehrlingsbewegung I

4 schule, ausbildung, studium & beruf

Die Azubi-Vergütungen
Praktikum vor Gericht

5 azubi-ratgeberin

Die Qualität der Ausbildung

6 projekte

Die DGB-Jugend geht zum CCC
Die Betriebsratswahlen

7 bezirke + gewerkschaften

Die IG Metall Jugend im Streik

Befristung ist jung

Zeitverträge sind die neue alte Form der prekären Beschäftigung. Die DGB-Jugend fordert von der Politik dringende Regulierungen.

Die Zahl der befristet Beschäftigten in Deutschland hat nach neuesten Angaben des Statistischen Bundesamtes stark zugenommen: Innerhalb der vergangenen 20 Jahre wuchs sie um mehr als eine Million auf rund 2,8 Millionen im vergangenen Jahr. Dabei stieg der Anteil der befristet Beschäftigten an allen abhängig Beschäftigten seit 1996 von 6,4 auf 8,5 Prozent. Mehr als jeder dritte von ihnen arbeitet unfreiwillig befristet.

Befristet Beschäftigte verdienen weniger als Arbeitnehmer_innen mit regulärem Vertrag. Vor allem aber ist Befristung jung: Besonders oft sind 25- bis 34-Jährige befristet beschäftigt. Hier stieg der Anteil von 9,6 Prozent vor 20 Jahren über 16,6 Prozent 2006 auf 18,1 Prozent im Jahr 2016.

Eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung hat gezeigt: Fast jeder fünfte abhängig Beschäftigte unter 35 Jahren hatte 2017 nur einen befristeten Arbeitsvertrag, mehr als 60 Prozent aller befristet Beschäftigten in Deutschland sind jünger als 35.

Auf das Einkommen wirken sich Befristungen deutlich aus: Mehr als ein Viertel der befristet Beschäftigten unter 35 Jahren verdiente mit einer Vollzeitätigkeit netto weniger als

1.100 Euro im Monat. Das entspricht in etwa dem Minimum, das der Mindestlohn garantiert. 2015 waren 15,5 Prozent der befristet Beschäftigten zwischen 20 und 34 Jahren wegen eines Haushaltseinkommens von unter 60 Prozent des Durchschnitts von Armut bedroht – aber nur 7,5 Prozent derjenigen mit Dauervertrag.

So sind Arbeitnehmer_innen in der Berufseinstiegs- und Familiengründungsphase besonders stark von den Nachteilen dieser atypischen Beschäftigungsform betroffen. »Die Politik muss handeln: Sachgrundlose Befristungen und Kettenbefristungen gehören endlich abgeschafft«, forderte deshalb DGB-Bundesjugendsekretärin Manuela Conte kürzlich angesichts der Koalitionsverhandlungen von CDU, CSU und SPD.

Damit sich die Befristung nicht unbefristet fortsetzt, sind bessere Arbeitsbedingungen vonnöten – je jünger die Menschen sind, desto dringlicher. Denn es werden immer mehr: Ein Drittel der unter 25-Jährigen arbeitet befristet und hangelt sich von einem Job zum nächsten. Conte: »Das schafft Unsicherheit – so lässt sich Arbeit und Privatleben nicht vereinbaren. Junge Menschen wollen sichere Arbeitsplätze.«

Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache: Wer keinen unbefristeten Vertrag hat, kann seine Zukunft kaum planen. ▀

Hier gibt es die neue DGB-Broschüre »Befristet. Arbeiten ohne Bestandsschutz«: www.dgb.de/-/nZm

Engagiert euch in der Mitbestimmung

Nutzt das Kampagnenmaterial des DGB zur Betriebsratswahl vom 1. März bis 31. Mai 2018 (siehe auch Seite 6)!

www.dgb-bestellservice.de



Die Untergrenze



Die DGB-Jugend hat einen Vorschlag für die Umsetzung der Mindestausbildungsvergütung verabschiedet.

<http://jugend.dgb.de/-/aok>

TVStud Berlin

So geht's nicht weiter: Seit 2001 keine Lohnerhöhung, das Weihnachtsgeld gestrichen: 8.000 studentische Beschäftigte wollen einen neuen Tarifvertrag. Mit Hilfe der Gewerkschaften wird gestreikt!

Alle Infos: <https://tvstud.berlin>



Mehr Bildung

Etat gesteigert // Bund, Länder sowie Kommunen gaben im Jahr 2016 insgesamt 128,4 Milliarden Euro für Bildung aus – 3,5 Prozent mehr als im Jahr zuvor.

Die Hälfte (49,9 Prozent) aller Ausgaben entfiel auf die Schulen. 23,2 Prozent flossen in die Hochschulen, 19,2 Prozent in Kindertageseinrichtungen, 7,7 Prozent gingen in die Bildungsförderung, das sonstige Bildungswesen wie Volkshochschulen sowie die Jugendarbeit.

Der mit 90,6 Milliarden Euro größte Anteil wurde von den Ländern finanziert. Die Kommunen stellten 28 Milliarden Euro bereit, der Bund 9,8 Milliarden Euro.

www.destatis.de

Milde erhöht

Zahl der Ausbildungsverträge // Die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge ist laut Bundesbildungsministerium 2017 leicht auf 523.300 gestiegen – das sind 3.000 mehr als im Vorjahr. Die Zahl der außerbetrieblichen Ausbildungsverträge, mit denen der Staat benachteiligten jungen Menschen hilft, ist weiter gesunken: um 8,7 Prozent auf 15.900.

www.bmbf.de

Etwas anderes als Hartz IV

Regierung zu BAföG // Das BAföG ist keine Grundsicherung: Das schreibt die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage im Bundestag. Darin hatte die Fraktion Die Linke die Verfassungsmäßigkeit des BAföG-Höchstsatzes infrage gestellt. Die Abgeordneten argumentierten, dass die typisierend im BAföG festgesetzten monatlichen Bedarfshöhen für einen Hochschulstudierenden auf einem System pauschalierter Sätze beruhen.

Bundestagsdrucksache 19/498

Verqueres vom Gender Pay Gap

Männer in Frauenberufen // Das Bruttoeinkommen von Frauen hinkt dem der Männer deutlich hinterher – oft auch im gleichen Beruf. Wie aus verschiedenen aktuellen Studien des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin hervorgeht, erreichen Frauen beim gesamten Bruttoeinkommen 51 Prozent des Einkommens der Männer. Dabei sind die Unterschiede besonders groß beim Arbeitseinkommen. Die Lohnlücke, der sogenannte Gender Pay Gap, lag bezogen auf den Stundenlohn zuletzt bei 21 Prozent.

Total verrückt: Das gilt sogar dann, wenn Männer in traditionell eher Frauen zugerechneten Berufen unterwegs sind! Arbeitet ein Mann etwa als Sprechstundenhilfe, verdient er laut DIW im Schnitt 43 Prozent mehr als seine Kolleginnen. Arbeitet eine Frau hingegen als Metallarbeiterin oder Dreherin, liegt ihr Gehalt 28 Prozent unter dem ihrer männlichen Kollegen.

Soli aktuell wundert sich: Männer werden sogar als Frauen besser bezahlt.

www.diw.de

Ausbildung mit Problemen

Ländermonitor-Daten // Ausländische Jugendliche sowie Hauptschüler_innen haben in Deutschland nur trübe Aussichten auf einen Ausbildungsplatz. Laut einer neuen Studie der Bertelsmann-Stiftung kommt bundesweit gut die Hälfte aller Jugendlichen ohne deutschen Pass nicht an eine Ausbildungsstelle im dualen System oder Schulberufssystem. Jugendliche mit einem Hauptschulabschluss oder ohne Schulabschluss haben es genauso schwer.

Der »Ländermonitor berufliche Bildung 2017« betrachtet die Ausbildungssituation in Deutschland sowie in jedem einzelnen Bundesland zwischen 2007 und 2016.

www.bertelsmann-stiftung.de

Aktiv im Betrieb

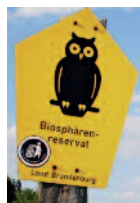
»Gelbe Hand«-Projekt

Mit dem Projekt »Aktiv im Betrieb für Demokratie und Vielfalt« möchte der gewerkschaftliche »Gelbe Hand«-Verband Vielfalt und demokratieförderndes Verhalten in der Ausbildung unterstützen. Dafür werden mit den Betrieben Module zu Demokratiebildung, Antirassismuarbeit und Konfliktlösung erstellt.

Infos: www.gelbehand.de/werde-aktiv/aktiv-im-betrieb/



NaturFreunde gegen rechts



Fachstelle Prävention // Die NaturFreundejugend Deutschlands und die NaturFreunde haben gemeinsam die Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN) gegründet. FARN untersucht die historischen und aktuellen Verknüpfungen des deutschen Natur- und Umweltschutzes mit extrem rechten und völkischen Strömungen und bietet ab sofort bundesweit Bildungs- und Informationsveranstaltungen zu diesem Themenkomplex an.

www.naturfreunde.de/farn

Es wird gezahlt

Tödliche Lieferketten // Fünfeinhalb Jahre nach dem verheerenden Brand der KiK-Textilfabrik Ali Enterprises in Pakistan mit über 250 Opfern haben die Verhandler_innen, zu denen auch Gewerkschaftsvertreter_innen gehören, im Januar 2018 den lang ersehnten Durchbruch bei der Auszahlung der Entschädigungsrenten erzielt. Die fünf Millionen Dollar des Textildiscounters KiK kommen den Betroffenen nun endlich zu. Hinterbliebene erhalten eine monatliche Rente von umgerechnet 55 Euro, eine Witwe mit zwei Kindern bekommt umgerechnet 96 Euro im Monat.

Soli aktuell sagt: Das sind ja Wahnsinnssummen, KiK.

www.inkota.de

Beamtenstreik

GEW vorm BVerfG // Am 17. Januar 2018 hat das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) über das Streikrecht für Beamte verhandelt. Die Bildungsgewerkschaft GEW wurde dabei in ihrer Rechtsauffassung in einigen Punkten bestätigt, dass das Streikrecht auch für Beamte zu gelten hat. Nach den mündlichen Verhandlungen kann es nun einige Monate dauern, bis das BVerfG zu einem abschließenden Urteil kommt.

Soli aktuell bleibt: dran.

www.gew.de/aktuelles/detailseite/neuigkeiten/nicht-der-untgang-des-abendlandes/

Neuer Aktionsplan

Die EU und die Bildung // In Zeiten von Falschnachrichten, Internetmobbing und radikaler Hetze will die EU-Kommission die Europäer_innen besser für die digitale Welt wappnen. Deshalb hat sie eine Kampagne zur Onlinekompetenz für Kinder und Jugendliche angekündigt. Diese ist Teil eines Bildungspakets, das nicht nur digitale Kenntnisse, sondern auch »europäische Werte« in der EU stärken soll.

Der Aktionsplan soll Schulen und Bildungseinrichtungen auch technisch unterstützen. Wie die Bundesregierung hofft auch die EU-Kommission, nebenbei mehr junge Menschen für Technik, Wissenschaft und Mathematik begeistern zu können.

https://ec.europa.eu/germany/news/20180117-zukunft-des-lernens_de

Rohstoffe nicht sauber

Amnesty gegen Kinderarbeit // Wirtschaftsriesen wie Microsoft, Samsung oder Daimler gehen nicht entschlossen genug gegen mögliche Kinderarbeit bei der Förderung von Kobalt für ihre Akkus vor. Das zeigt der neue Bericht »Time to recharge« von Amnesty International.

Die Kobalt-Nachfrage wächst massiv durch den steigenden Bedarf an effizienten Energiespeichern in Elektroautos, Smartphones und für erneuerbare Energien. Kobalt ist ein zentraler Bestandteil dieser Technologien. Keines der untersuchten 29 Unternehmen kommt seinen Sorgfaltspflichten zur Offenlegung und Unterbindung von Menschenrechtsverletzungen hinreichend nach.

bit.ly/AmnestyDRKongo

Personalabteilung



J. Thumm

Johanna Thumm ist seit 2016 Referentin im Vorstandsbereich Vorsitzende der GEW und dort für die GEW-Initiative »Bildung. Weiter denken!« tätig, die sich für eine bessere Bildungsfinanzierung stark macht. Seit Januar 2018 ist sie zudem Ansprechpartnerin für den Bundesausschuss junge GEW und die DGB-Jugend. Zuvor war sie DGB-Jugendbildungsreferentin in Hannover. Sie folgt auf **Stefan Pfaff**.

Soli aktuell sagt: Willkommen, Johanna! Tschüss, Stefan!

Ausbildung statt Ausbeutung (Teil I)

50 Jahre Lehrlingsbewegung: Warum begehrten die Auszubildenden in den 1960er Jahren auf? David Templin über ihre Beweggründe, Organisationsformen und Forderungen.

David, dieses Jahr hat die Lehrlingsbewegung ihr 50. Jubiläum. Gibt es Ereignisse, die man als Auftakt betrachten kann?

Ja, die Störung einer Freisprechungsfeier der Handelskammer in Hamburg am 25. September 1968. Unzufriedene Lehrlinge hatten zusammen mit Aktivist_innen der Gewerkschaftlichen Studentengruppe eine Störaktion vorbereitet und ließen Flugblätter mit Kritik an der Berufsausbildung in den Festsaal »regnen«. Letztlich war die Aktion aber nur Ausdruck davon, dass



Solidarität leben, bessere Berufsausbildung und Jugendarbeitsschutz fordern – klingt wie heute. Ausgabe der »Solidarität«, der Vorläuferin der Solli aktuell, in den siebziger Jahren

sich an vielen Orten in Westdeutschland etwas tat: Erste Demonstrationen wurden organisiert, und an der Jahreswende 1968/69 immer mehr unabhängige Lehrlingsgruppen oder -zentren gegründet.

Was stimmte mit der Ausbildung nicht?

Zum einen wurde kritisiert, dass es keine wirkliche Ausbildung gebe, sondern Lehrlinge mit Nebentätigkeiten beschäftigt wurden, etwa die Werkstatt zu fegen. Andererseits, dass sie in der Produktion als billige Arbeitskraft ein-

gesetzt wurden. »Lehrzeit – keine Leerzeit« und »Ausbildung statt Ausbeutung« waren zentrale Slogans bzw. Kernforderungen der Bewegung.

Der zweite Kritikstrang betraf die autoritären Verhältnisse in den Betrieben: So kam es etwa immer wieder zu Konflikten, wenn männliche Lehrlinge mit langen Haaren im Betrieb erschienen. Autoritäten wie Meister und Unternehmer wurden zunehmend in Frage gestellt.

Wie wurde damals ausgebildet?

Der größte Teil der Ausbildung fand in Klein- und Mittelbetrieben statt, in denen oft patriarchalische Formen herrschten. Im Handwerk wurde die Lehre traditionell noch als »Erziehungsverhältnis« verstanden, es sollten bürgerliche Tugenden vermittelt werden. Es gibt auch Berichte über den Einsatz körperlicher Gewalt. In Großbetrieben sah das meist anders aus, dort gab es zum Teil eigene Lehrwerkstätten. Auf gesetzlicher Ebene galten bis zur Verabschiedung des Berufsbildungsgesetzes von 1969 noch Bestimmungen aus dem 19. Jahrhundert.

Wo konnten sich die Lehrlinge denn treffen, sich absprechen?

Zu Beginn der Bewegung 1968 organisierten sie sich in der Regel abseits der Gewerkschaften in eigenen Gruppen mit Namen wie »Sozialistisches Lehrlingszentrum« oder »Arbeitsgemeinschaft kaufmännischer Lehrlinge«. Oftmals waren solche Zusammenschlüsse von linken Studierenden initiiert worden. In Essen gab es eine Initiative, die von zwei Religionslehrer_innen ins Leben gerufen worden war. 1969/70 kam es dann an vielen Orten zu einer Integration in die Gewerkschaften, die sich wiederum für neue Formen offener Jugendarbeit öffneten. In Hamburg gab es zwischen 1969 und 1971 etwa den »Jour fix der Gewerkschaftsjugend«, der bundesweit als Vorbild fungierte. Dieses Lehrlingszentrum stand auch Jugendlichen offen, die nicht Mitglied einer DGB-Gewerkschaft waren.

Welche Rolle spielte dabei die Gewerkschaftsjugend?

Bereits vor der Lehrlingsbewegung hatte eine Politisierung der Gewerkschaftsjugend eingesetzt. Seit Mitte der 1960er Jahre wurde eine neue, gesellschaftskritische Jugendbildungsarbeit in Gewerkschaften, etwa in der IG Metall, entwickelt, oftmals in Zusammenarbeit mit Studierenden aus dem SDS, dem Sozialistischen Deutschen Studentenbund. Im Unterschied zu den Gewerkschaftsspitzen

sprach sich die Gewerkschaftsjugend klar für die Proteste von »1968« aus, wenn auch mit einer moderaten Ausrichtung. Als es dann erste Ansätze zu Lehrlingsprotesten gab, unterstützten junge Funktionär_innen der Gewerkschaftsjugend diese Proteste und wirkten vielerorts an der Gründung offener Lehrlingszentren mit.

Wurden die Missstände angegangen?

Größere Ziele der Bewegung wie die Übernahme der beruflichen Ausbildung durch die öffentliche Hand und antikapitalistische Vorstellungen blieben unerfüllt. Aber auf viele der gravierendsten Missstände mussten Unternehmen, die konkret unter Druck gesetzt wurden, reagieren. In Hamburg warb die Post sogar mit einer Anzeige, in der es in Anspielung auf die Kritik aus der Bewegung hieß: »Wir brauchen keine Penner zum Bier- oder Zeitungholen. Denn wir legen Wert auf Ihre Ausbildung.«

Auch auf politischer Seite erfuhr das Thema verstärkte Aufmerksamkeit. Die Pläne der sozialliberalen Regierung unter Willy Brandt (SPD) zu einer Überarbeitung des Berufsbildungsgesetzes wurden angesichts starker Proteste von Unternehmensverbänden und der Opposition im Bundesrat allerdings nicht verwirklicht. ▀

Teil II des Gesprächs erscheint in der Solli 3/2018.

Unser Experte

David Templin beschäftigt sich seit 2008 mit der Lehrlingsbewegung, sie war auch das Thema seiner Abschlussarbeit im Geschichtsstudium. »Darauf gestoßen bin ich anlässlich des Jubiläums von 40 Jahren »1968«. Ich hatte diverse Bücher gelesen und bin dann auf den Begriff »Lehrlingsbewegung« gestoßen – davon hatte ich zuvor noch nie gehört und es gab auch so gut wie keine neuere wissenschaftliche Literatur dazu.«

Es sei wichtig, angesichts von aktuellen Bemerkungen, bei den 68ern habe es sich nur um »Bürgerkinder« gehandelt, deutlich zu machen, dass es auch eine »Unruhe in den Betrieben« gab.

Auf der diesjährigen Orgatagung der Jugendbildungsreferent_innen referierte er zum Thema Lehrlingsbewegung. Derzeit ist David Templin am Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Tätigkeit in Osnabrück tätig. ▀



David Templin: Lehrzeit – keine Leerzeit! Die Lehrlingsbewegung in Hamburg 1968–1972, Dölling und Galitz Verlag, München 2011, 196 S., 10 Euro



Da ist noch Luft nach oben

Starke Differenzen: So haben sich die tariflichen Ausbildungsvergütungen im letzten Jahr entwickelt.

Allgemeine Entwicklung

Die tariflichen Ausbildungsvergütungen sind laut den Daten des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) 2017 im Durchschnitt um 2,6 Prozent gestiegen. Der Vergütungsanstieg fiel damit deutlich schwächer aus als in den Jahren zuvor – im Zeitraum von 2012 bis 2016 lagen die jährlichen Zuwächse in einer Spanne von 3,4 bis 4,5 Prozent.

Bundesweit kamen die Auszubildenden im Jahr 2017 auf eine Vergütung von durchschnittlich 876 Euro brutto im Monat. In Westdeutschland erhielten die Auszubildenden rund 881 Euro, in Ostdeutschland 827 Euro im Monat. Die tariflichen Ausbildungsvergütungen stiegen

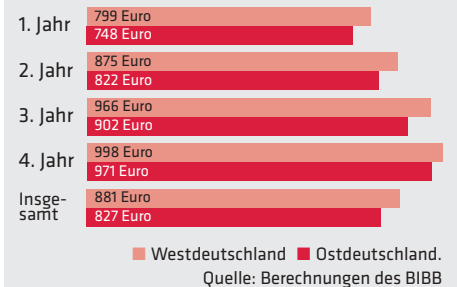
damit prozentual fast gleich stark an: im Westen um 2,6 Prozent und im Osten um 2,5 Prozent. Der Abstand zum westlichen Tarifniveau blieb somit in Ostdeutschland unverändert: Es wurden wie im Vorjahr 94 Prozent der westlichen Vergütungshöhe erreicht.

Ermittelt wurden die durchschnittlichen Vergütungen für 181 Berufe in West- und 152 Berufe in Ostdeutschland.

Einzelne Berufe

Zwischen den Ausbildungsberufen bestanden 2017 erhebliche Unterschiede in der Vergütungshöhe. Besonders hoch lagen die tariflichen Ausbildungsvergütungen im Handwerksberuf Maurer_in mit monatlich 1.095 Euro im gesamtdeutschen Durchschnitt. In Ostdeutschland fielen die Beträge allerdings mit 915 Euro deutlich niedriger aus als in Westdeutschland mit 1.110 Euro.

Tarifliche Ausbildungsvergütung



Hohe tarifliche Vergütungen wurden beispielsweise auch in den Berufen Mechatroniker_in (gesamt: 1.043 Euro, West: 1.047 Euro, Ost: 1.023 Euro), Kaufmann/-frau für Versicherungen und Finanzen (einheitlich 1.028 Euro) und Industriekaufmann/-frau (gesamt: 1.004 Euro, West: 1.008 Euro, Ost: 942 Euro) gezahlt.

Vergleichsweise niedrig waren die tariflichen Vergütungsdurchschnitte 2017 in den Berufen Bäcker_in (einheitlich 637 Euro), Florist_in (gesamt: 617 Euro, West: 622 Euro, Ost: 587 Euro) sowie Schornsteinfeger_in (einheitlich 518 Euro).

Zwischen den Ausbildungsbereichen gab es 2017 ebenfalls deutliche Unterschiede im tariflichen Vergütungsniveau. Über dem Durchschnitt lag der öffentliche Dienst (einheitlich 958 Euro), darunter die Landwirtschaft (gesamt: 733 Euro, West: 753 Euro, Ost: 641 Euro) und das Handwerk (gesamt: 738 Euro, West: 743 Euro, Ost: 678 Euro). ▀

Weitere Infos auf www.bibb.de/ausbildungsverguetung

Die böse Zahl

828.700.000!

Das darf doch wohl nicht wahr sein: Laut jüngsten Berechnungen der Bundesregierung haben Beschäftigte in Deutschland im Jahr 2016 insgesamt 828,7 Millionen Überstunden geleistet! Mehr als die Hälfte davon blieb unbezahlt.

Jetzt kommt's: Die Bundesregierung geht davon aus, dass die tatsächlich geleisteten Stunden sogar noch deutlich höher liegen.

Denn die Beantwortung der Fragen im Mikrozensus ist freiwillig. Und so schätzt etwa das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung die Zahl der Überstunden auf rund 1,7 Milliarden – 941 Millionen davon ohne finanzielle Entschädigung!

Soli aktuell voll sauer: Überstunden belasten die Beschäftigten, erhöhen die Unfallrisiken und verhindern Neueinstellungen. ▀

Reguläre Arbeit statt Praktikum

Tipps vom DGB-Rechtsschutz: Bei einem Praktikum steht der Ausbildungszweck im Vordergrund.

Das Praktikum dient in allererster Linie dem Ausbildungszweck. Nimmt der Praktikumsgeber hingegen eine reguläre Arbeitsleistung ab, liegt ein Arbeitsverhältnis vor, das monatliche Lohnansprüche einschließt. Zahlt der Arbeitgeber nur eine Vergütung, die auch noch zwei Drittel unter dem üblichen Lohn liegt, ist dies Wucher. Darauf weist der DGB-Rechtsschutz zum Jahresbeginn anlässlich eines Urteils des Landesarbeitsgerichts Berlin-Brandenburg (LAG) hin.

Der Fall: Die Klägerin studierte das Fach Modejournalistin. Kurz vor Abschluss des Studiums bewarb sie sich auf eine Stelle als Redaktionspraktikantin einer Modezeitschrift.

Der Praktikumsvertrag enthielt Formulierungen über die Dauer – ein Jahr –, die tägliche »Ausbildungszeit« von mindestens acht Stunden und die monatliche Vergütung von 400 Euro.

Die junge Journalistin verfasste kurze Texte und Produktbewertungen für das Magazin, redigierte Texte des Ausbilders. Sie wirkte bei der Gestaltung und Pflege des Internetauftritts mit und organisierte eigenständig Fotoshootings, selbst Promotion-Gespräche mit potenziellen Kunden führte sie. Eine Betreuung und Ausbildung gab es nicht.

Das Urteil

Achtung: Das LAG entschied, dass zwischen der Klägerin und dem Herausgeber ein Arbeitsverhältnis bestand. Die Vergütungsvereinbarung im Praktikumsvertrag sei wegen Sittenwidrigkeit nichtig. Der Klägerin steht – unter

Anrechnung des gezahlten Betrags – die verkehrssübliche Bezahlung zu. Einschlägig und üblich ist in diesem Fall die Bezahlung nach dem Gehaltstarifvertrag der Redakteurinnen und Redakteure für Zeitschriften. Macht eine Nachzahlung von rund 20.700 Euro Arbeitslohn.

Mitbestimmung

Das sagt der DGB-Rechtsschutz: Betriebsrät_innen müssen bei der Beschäftigung von Praktikant_innen gefragt werden. Im Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG) sind die Auskunfts- und Beteiligungsrechte nach § 80 BetrVG (allgemeine Pflichten) und § 92 BetrVG (Personalplanung) festgeschrieben. Kolleg_innen: Schaut euch also Vertrag und Arbeitsplatz der Praktikant_innen an, redet mit ihnen! ▀

<https://tinyurl.com/Wucher-im-Praktikum>

Lerne ich hier die Kaffeekocher_in?

Als angehender Kaufmann Material auf die private Baustelle des Chefs liefern, als Medizinische Fachangestellte die Kaffeemaschine putzen – sieht so eine qualifizierte Ausbildung aus? »Dr. Azubi« klärt auf.

Wo ist die Ausbildung?

Nicht selten begegnen wir Azubis im »Dr.-Azubi«-Forum, die mit ihrer Ausbildung nicht zufrieden sind, weil sie nicht das erlernen, was der Inhalt der Ausbildung ist. Sie bekommen keine qualifizierte Anleitung durch die Ausbilder_innen, diese sind gar nicht erst anwesend oder haben aufgrund von Personalmangel einfach keine Zeit, die Auszubildenden einzulernen.

All diese Verstöße stellen eine Ordnungswidrigkeit dar und können nach § 102 Berufsbildungsgesetz mit einem Bußgeld geahndet werden.

Was tun, wenn das Kaffee kochen überhandnimmt? Karl, angehender Fachinformatiker für Anwendungsentwicklung, schreibt im »Dr. Azubi«-Forum: »Hallo! Ich befinde mich im zweiten Lehrjahr und habe das Gefühl, ich lerne nichts. Meine Aufgaben bestehen jedoch zu 95 Prozent aus Möbel aufbauen und schleppen...!«

Ganz klar: Karl übt ausbildungsfremde Tätigkeiten aus, die nicht mit seinem Berufsbild zusammenhängen.

Der Ausbildungsplan

Welche Ausbildungsinhalte zu eurer Ausbildung gehören, könnt ihr im gültigen Ausbildungsrahmenplan nachlesen (Download unter www.bibb.de/de/berufeinfo.php).

Diese gesetzliche Verordnung ist sozusagen der Lehrplan für euren Ausbilder. Es ist so: Eurem Ausbildungsvertrag muss ein betrieblicher Ausbildungsplan beiliegen. Hier werden die zu vermittelnden Ausbildungsinhalte auf die speziellen Gegebenheiten und den betrieblichen Ablauf angepasst. Daher lohnt sich im ersten Schritt ein Blick in den betrieblichen Ausbildungsplan, damit ihr euch vergewissern könnt, ob die im Betrieb ausgeführten Tätigkeiten zu eurer Ausbildung gehören oder nicht.

Um den aktuellen Ausbildungsstand mit noch nicht gelernten Ausbildungsinhalten abzugleichen, ist es für euch hilfreich, ein ordentlich und wahrheitsgemäß geführtes Berichtsheft vorweisen zu können. Es kann für euch eine gute Gesprächs- und Beweisgrundlage sein, solltet ihr andauernd mit ausbildungsfremden Tätigkeiten beschäftigt sein.

Übrigens: Auch das unnötige Wiederholen von bereits erlernten Tätigkeiten – sogenannte ausbildungsfremde Routinearbeiten – ist verboten. Wie bei Nils, der sich mit dieser Sorge an uns wendet: »Ich befinde mich nun im dritten Lehrjahr zum Kaufmann für Büromanage-

ment und bin nur am Empfang eingesetzt. Die kaufmännischen Bereiche bleiben total auf der Strecke und ich habe Angst, meine Abschlussprüfung nicht zu bestehen.«

Das könnt ihr tun

Wenn das Ausbildungsziel gefährdet ist, solltet ihr nicht lange fackeln und im ersten Schritt das Gespräch mit eurem Ausbilder suchen. Eine gute Gesprächsvorbereitung ist das A und O. Nennt dem Ausbilder konkrete Ausbildungsinhalte, die euch noch fehlen und die ihr laut Ausbildungsrahmenplan schon können müsstet. Vermeidet hierbei Verallgemeinerungen wie »immer« und »ständig«. Bringt als Grundlage euer Berichtsheft mit – je konkreter ihr Situationen benennen könnt, desto besser.

Wenn die Luft wegbleibt

Ihr sitzt vor eurem oder eurer Vorgesetzten und es verschlägt euch buchstäblich die Sprache? In angespannten Situationen ist das normal. Macht euch vorab Notizen, die euch als Gesprächsgrundlage dienen. Und: Ihr müsst nicht alles alleine meistern. Ihr könnt euch Unterstützung zu dem Gespräch holen. Eure Jugend- und Auszubildendenvertretung oder der Betriebs- bzw. Personalrat ist die richtige Adresse.

Wenn ihr noch minderjährig seid, könnt ihr auch eure Eltern hinzuziehen. Trefft konkrete Vereinbarungen in dem Gespräch und besprecht einen Zeitrahmen, bis wann ihr bestimmte Ausbildungsinhalte erlernen werdet. Sollte daraufhin keine Änderung eintreten, habt ihr eine



Termin bei
Dr. Azubi.
Mit Julia Kanzog

www.doktor-azubi.de

Grundlage für eine schriftliche Aufforderung an den Betrieb geschaffen. Benennt in einem Brief ganz konkret die noch fehlenden Ausbildungsinhalte und kopiert euch das Schreiben.

Beweismittel sichern

So ein Brief kann die Wichtigkeit eures Anliegen unterstreichen und ein wichtiges Beweismittel sein, wenn ihr aufgrund einer mangelhaften Ausbildung die Prüfung nicht schafft. In diesem Fall macht sich der Betrieb schadenersatzpflichtig. Verlängert sich deswegen eure Ausbildung, liegt der Schaden in der Differenz zwischen der Ausbildungsvergütung und dem entgangenen ausgelernten Gehalt, das ihr bei rechtzeitiger Beendigung der Ausbildung verdient hättet.

Um Schadenersatz einzufordern, benötigt ihr eine gute Beweisgrundlage und Unterstützung von eurer zuständigen Gewerkschaft. Zusätzlich könnt ihr euch an die Ausbildungsberatung der zuständigen Kammer wenden. Sie ist dafür zuständig, die Ausbildung in den Betrieben zu überwachen.

Soll ich wechseln?

Wenn sich die Situation langfristig nicht ändert, dann rate ich euch, den Ausbildungsplatz zu wechseln. Hier die Anfrage von Christine, die als angehende Rechtsanwaltsfachangestellte im zweiten Ausbildungsjahr noch fast keine Ausbildungsinhalte erlernt hat: »Kann ich überhaupt meine Kanzlei einfach so wechseln, und wenn ja, wie sieht das in meinem späteren Lebenslauf aus?«

Die Antwort: Mit einem triftigen Grund – und die andauernde Beschäftigung mit ausbildungsfremden Tätigkeiten ist ganz klar einer – und einer guten Vorbereitung ist ein Ausbildungsplatzwechsel möglich.

Wichtig ist: Sucht euch einen neuen Ausbildungsplatz, solange ihr noch in einem bestehenden Ausbildungsverhältnis seid. So sind eure Bewerbungschancen um einiges besser. Wenn ihr eine neue Stelle gefunden habt, besteht die Möglichkeit, fristlos aus wichtigem Grund zu kündigen. Die Kündigung solltet ihr aber nicht alleine schreiben – holt euch fachliche Unterstützung.

Achtung: Nach einem Betriebswechsel habt ihr in dem neuen Betrieb wieder eine Probezeit. ▀

Meine Ausbildung ist okay!

Wenn die folgenden Punkte auf euer Ausbildungsverhältnis zutreffen, ist die Ausbildung in Ordnung:

- ▀ Die Ausbildung richtet sich nach dem Ausbildungsrahmenplan.
- ▀ Ausbildungsfremde Tätigkeiten sind tabu.
- ▀ Euer Berichtsheft wird regelmäßig kontrolliert und unterschrieben.
- ▀ Ihr habt eine_n qualifizierte_n Ausbilder_in, der euch Vorgänge und Arbeitsabläufe erklärt.
- ▀ Ihr seid nicht alleine oder nur mit Praktikant_innen und Mitauszubildenden im Betrieb.
- ▀ Der Betrieb stellt euch für die Berufsschule frei.
- ▀ Arbeitszeiten werden eingehalten und euer Urlaub wird gewährt.
- ▀ Die Vergütung wird pünktlich bezahlt und Überstunden werden ausgeglichen. ▀

Datenschutz ist unser Thema

Auch die DGB-Jugend geht zum »Chaos Computer Congress«. Überschneidungen zwischen alternativem Computergebrauch und Gewerkschaften gibt es zu Genüge, sagt Konstantin Kohl.

Konstantin, du warst vor kurzem zu Gast auf dem »34. Chaos Communication Congress« in Leipzig – mit sage und schreibe 15.000 Besucher_innen! Das Motto lautete »Tu wat!« Was bedeutet das?

Das bezieht sich auf eine Reihe politischer Ereignisse Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre, von Hausbesetzungen über undogmatische Linke bis hin zur Gründung der Tageszeitung »taz«. Letztendlich steht es aber für das Gründungsmanifest »TUWAT.TXT« des Chaos Computer Clubs im September 1981.

Wen trifft man so auf dem »34c3«?

Neben Computer-Nerds viele aus dem eher linken Spektrum. Der Frauenanteil war höher als man das vielleicht vermutet hätte, und auch der wahrnehmbare Anteil von Transgender-Personen hat mich positiv überrascht. Ich traf auf viele Organisationen, die sich mit Datenschutz und Flüchtlingshilfe auseinandersetzen, unterschiedliche »Hack-Spaces«, aber auch Menschen aus Kunst und Kultur wie etwa das Kollektiv »Mensch Meier«.

Welche Inhalte wurden diskutiert?

Neben IT-Security, Hardware-Hacking und eben Kunst und Kultur wurde auch viel über Gesellschaftspolitik diskutiert. So konnte ich neben

Vorträgen, die sich mit dem Hack der in vielen Bundesländern schon eingesetzten Auswertungssoftware von Bundes-, Landes- und Kommunalwahlen (»PC-Wahl«) beschäftigten, auch Workshops besuchen, die sich mit der Verschmelzung von Mensch und Maschine auseinandersetzen – Motto: »Sind wir alle schon Cyborgs?« Nicht zu vergessen: Bildung. Die sich, so bemängelt es der Jahresbericht des Chaos Computer Clubs, in Lehrplänen nicht wiederfindet, wenn es um Netzpolitik und soziales Verhalten in digitalen Netzwerken geht.

Da müsste wohl nachgebessert werden.

Ich denke, da wächst eine Generation heran, die keinerlei Wegweiser für die soziale Nutzung und Verhalten im Internet besitzt, geschweige denn Bescheid weiß, was mit ihren Daten passiert. Hier reicht es nicht aus – das hat der CCC richtig erkannt –, temporäre Seminare zu veranstalten. Das Problem muss flächendeckend angegangen werden, und das schon für Menschen in jungen Jahren.



Finden sich da Berührungspunkte zur Gewerkschaftsjugend?

Ja. Auch wir beschäftigen uns natürlich mit Bildung und Netzpolitik. In unserem bundesweiten Bildungsprogramm bieten wir immer auch Seminare dazu an. Aber auch bei dem Thema Datenschutz gibt es Überschneidungen: So hat der DGB darauf hingewirkt, dass ein sehr umstritte-

ner Entwurf zu einem Beschäftigungsdatenschutzgesetz zurückgenommen wurde. Im Vordergrund der Kritik stand damals, dass private Daten unkontrolliert gesammelt werden. Und auch die Videoüberwachung am Arbeitsplatz.

Stichwort Arbeitszeiten: Würde auch nachts diskutiert?

Ihr werdet es nicht glauben: Tatsächlich war der Kongress bis drei Uhr morgens noch auf den Beinen – und die Verantwortlichen freuten sich über volle Zuschauerreänge! ▀



Konstantin Kohl ist politischer Referent der DGB-Jugend für JAV-Arbeit, Bildungsprogramm und Websites.

Konstantin Kohl ist politischer Referent der DGB-Jugend für JAV-Arbeit, Bildungsprogramm und Websites.

Chaos Computer Club

Einmal jährlich organisiert der Chaos Computer Club e. V. (CCC) den »Chaos Communication Congress«. Der CCC ist die größte europäische Hackervereinigung und seit über 30 Jahren Vermittler im Spannungsfeld technischer und sozialer Entwicklungen. Die Aktivitäten des Clubs reichen von der Forschung und Erkundung am Rande des Technologieuniversums über Kampagnen, Veranstaltungen, Politikberatung und Publikationen bis zum Betrieb von Anonymisierungsdiensten. ▀

www.ccc.de

Betriebsrat – wir stimmen ab

Ab 1. März 2018 finden die Betriebsratswahlen statt. Junge Kandidat_innen sind besonders erwünscht.

Vom 1. März bis zum 31. Mai 2018 finden in ganz Deutschland Betriebsratswahlen statt. In zehntausenden Betrieben wählen die Beschäftigten ihre Vertreter_innen.

Der Betriebsrat nimmt die Interessen der Arbeitnehmer_innen gegenüber dem Arbeitgeber wahr – und sorgt für Mitbestimmung und Demokratie im Betrieb.

Wahlberechtigt sind grundsätzlich alle Arbeitnehmer_innen, die am Wahltag dem Betrieb angehören. Dazu zählen neben den klassischen Azubis

auch Umschüler_innen und Teilnehmer_innen an berufsvorbereitenden Ausbildungsmaßnahmen wie Einstiegsqualifizierungen – und in vielen Fällen auch Praktikant_innen. Aber: Nur Volljährige sind zur Betriebsratswahl berechtigt. Achtung: Wahlberechtigt ist man nur, wenn man sich auf der Wählerliste befindet.

Und selbst Betriebsrat werden? Eine Kandidatur setzt voraus, dass zum Zeitpunkt der Wahl eine sechsmonatige Betriebszugehörigkeit vorliegen muss. Diese Vorgabe wird auch erreicht, wenn ein Kandidat vorher einem anderen Betrieb desselben Unternehmens oder Konzerns angehört hat.

Eine hohe Wahlbeteiligung legitimiert nicht nur den Betriebsrat im Amt. Seine Forde-

rungen werden auch von der Arbeitgeberseite viel ernster genommen. Hier kann auch die Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) einen Beitrag leisten: Ihre Mitglieder können nicht nur auf den Termin hinweisen und zur Teilnahme an der Wahl auffordern, sie sollten auch die Gelegenheit nutzen, junge Leute noch einmal eindringlich über die Aufgaben, Pflichten und Möglichkeiten der Interessenvertretung zu informieren.

Sprecht auch Azubis, die nicht der JAV angehören, auf eine Kandidatur an. Um sie von einer Kandidatur zu überzeugen, hilft vielleicht der Hinweis, dass bei amtierenden Betriebsratsmitgliedern nicht nur ein Sonderkündigungsschutz, sondern auch eine Übernahmeverpflichtung (§ 78a Betriebsverfassungsgesetz) des Arbeitgebers besteht. ▀

Die Infos des DGB zur Betriebsratswahl 2018: www.dgb.de/betriebsratswahl-2018



»Sehr, sehr gute Beteiligung«

Metall-Tarifrunde 2018: Ein Streik ist eine Grunderfahrung der Mitbestimmung, sagt Florian Jendrny. Als Jugendvertreter bereitet er in seinem Betrieb den Arbeitskampf mit vor.

Florian, wie bereitet man sich auf Warnstreik vor?

Wir, die Vertrauensleute der IG Metall im Werk, haben uns zusammengesetzt und überlegt, welche Aufgaben und Hürden gemeistert werden müssen. Daraus ist eine Art »Schlachtplan« entstanden, mit Aufgaben, die unter den Vertrauensleuten verteilt wurden. Wir planten den Tag und halfen uns gegenseitig bei der Kommunikation nach außen. Als Jugend- und Auszubildendenvertretung informierten wir unsere rund 70 Auszubildenden über ihren rechtlichen Status. Das haben wir über Newsletter, Gruppen- und Einzelgespräche unter die Leute gebracht.

Sind die Azubis gut mitgezogen?

Die hatten da voll Bock drauf! Wir haben lange nicht richtig gestreikt. Wir konnten uns bisher mit dem Arbeitgeberverband immer relativ zeitig einigen. Dieses Jahr war das nicht so. Das war auch für die Auszubildenden eine ganz neue Erfahrung.

Ab und zu hört man von älteren Kollegen, wie früher über Tage hinweg Errungenschaften wie die 35-Stunden-Woche erstreikt wurden. Da ist es jetzt sehr viel interessanter, dies selbst zu erfahren. Ja, die Beteiligung war sehr, sehr gut. Wir nahmen an Kundgebungen bei kurzen Warnstreiks teil, zeigten uns. Die Azubis haben

ordentlich auf sich aufmerksam gemacht – visuell und mit Redebeiträgen.


Die Arbeitgeber zeigten sich dieses Jahr nicht so flexibel...

Ich hatte das Gefühl, dass der Arbeitgeberverband einfach mal gucken wollte, ob wir als IG Metall wirklich so stark sind und zusammenhalten. Die Arbeitgeber gingen uns da natürlich ein bisschen auf die Nerven. Behaupteten, unsere Aktionen sind nicht rechtlich abgesichert, was totaler Quatsch ist. Aber die wollten ein bisschen Eskalation spüren.

Meiner Meinung nach ist unsere Forderung nach einer optionalen 28-Stunden-Woche ein Schritt in die richtige Richtung. Wenn die Elektrifizierung des Automobils wirklich unsere Arbeitswelt so massiv verändert, wie man immer hört, dann wird womöglich viel Arbeit wegfallen. Und wenn wir die nicht verteilen, fallen die Leute auch als Konsumenten aus. Und wer soll

die Produkte dann kaufen? Das kann man auch mal so rum betrachten.

Wenn die Arbeitgeber sich bockig stellen, ist das dann gut für die Mitbestimmung?

Auf jeden Fall! Aber nur, wenn wir dann unsere Arbeit gut machen. Dann stehen die Leute auch hinter ihrer Interessenvertretung. In diesem Sinne: Danke, Arbeitgeber! 

Infos zu Aktionen und Ergebnissen in den Tarifverhandlungen der Metall- und Elektroindustrie findet ihr auf www.igmetall.de



Florian Jendrny ist JAV-Vorsitzender bei Mercedes Benz in Berlin-Marienfelde

Aktivposten

Die Holz- und Kunststoffbeschäftigten in Baden-Württemberg bekommen mehr Geld: Ihre Löhne und Gehälter steigen ab Mai 2018 um vier Prozent. Für die Monate Januar, Februar, März und April gibt es zweimal je 150 Euro. Auf dieses Ergebnis haben sich IG Metall und Arbeitgeber geeinigt. Nach dem vereinbarten Tarifabschluss steigen zudem die Vergütungen für Auszubildende überproportional. Für sie gibt es in allen Ausbildungsjahren ab 1. Januar 2018 jeweils 50 Euro mehr. Die Laufzeit des Tarifvertrages endet am 30. September 2019.

In Frankfurt/M. lebt jedes vierte Kind in prekären Verhältnissen. Mit einer Kampagne will der Jugendring, die Dachorganisation der Frankfurter Jugendverbände, für ein politisches und gesellschaftliches Umdenken werben. Dazu wurde ein gemeinnütziges Modelabel aufgelegt: Unter dem Titel »arm« werden im Online-Shop und Geschäften Pullover, T-Shirts und Turnbeutel mit einem eigens ent-

worfenen Logo vertrieben. Mit dem Erlös werden Ferienfreizeiten finanziert. Der Jugendring will auch Verbesserungen in den Bereichen Wohnraum, Mobilität, Teilhabe, Freizeit, Bildung und Betreuung bewirken.

<https://armtm.de/forderungen.html#aufpopup>

Die IG BAU warnt vor einer Aushöhlung der bewährten dualen Ausbildung in Deutschland. Gerade im Handwerk sei sie ein Erfolgsmodell. Der Hintergrund: Die EU will die qualitätssichernden Regelungen der Berufsausbildung in Deutschland abbauen. Die Bau-Gewerkschaft fordert u. a., dass die Meisterpflicht im Handwerk nicht infrage gestellt und die Modernisierung von Ausbildungsordnungen nicht verzögert oder gar verhindert wird. Die geplante Verhältnismäßigkeitsprüfung dürfe nicht dazu führen, dass die Sozialpartner mit mehr Bürokratie belastet werden.

www.igbau.de

DGB und GEW NRW fordern das Ministerium für Schule und Bildung in Nordrhein-Westfalen auf, keine Wahl- und Wechselmöglichkeiten zwischen den Schulstufen G8 und G9 an nordrhein-westfälischen Gymnasien zu schaffen.

<http://nrw.dgb.de/-/EWz>



Jetzt gibt es mehr Geld für die Nachwuchskräfte bei der Deutschen Bahn AG. Dank des Tarifabschlusses der EVG steigen die Ausbildungs- und Studienvergütungen um weitere 2,6 Prozent. Bereits im April 2017 gab es eine Erhöhung der Vergütungen um 25 Euro bzw. 30 Euro und 2,5 Prozent sowie eine Einmalzahlung. Darüber hinaus wird es in diesem Jahr noch eine große Einkommensrunde für die DB-Beschäftigten und Nachwuchskräfte geben.

www.evg-online.org/jugend/

Webtipp des Monats

Gerade frisch den Sozialpreis »innovatio« gewonnen hat das Projekt »Gefangene helfen Jugendlichen«. Ausgehend von eigenen Erfahrungen versuchen Straftäter_innen, junge Menschen vor einem ähnlichen Schicksal zu bewahren. Dabei werden die Jugendlichen mit der Realität des Gefängnislebens konfrontiert! Ein Gefängnisbesuch und die Konfrontation mit den Biografien der Insassen sollen die Gedanken zur Lebensplanung und -auffassung der Jugendlichen erreichen – »und Irritationen in die Klischees und Stereotype von Kriminalität, Gefängnis und Gewalt bringen«, wie es beim Projekt heißt.



Soli aktuell sagt: Das nenne ich Best Practice!

www.gefangene-helfen-jugendlichen.de

Filmtipp: Der Rechtsanwalt Kenneth Feinberg verwandelt Menschenleben in Dollarbeträge, wenn er die Schadenssummen bei Attentaten und Unfällen berechnet. Karin Jurschicks Dokumentarfilm »Playing God« handelt von unmöglichen Gleichsetzungen.



»Playing God«. D 2017. Regie: Karin Jurschik. Jetzt im Kino.

PAUSENTASTE

Kummernummer: Laut einer Studie pflegen rund 230.000 Kinder und Jugendliche in Deutschland Verwandte. Zum Jahresbeginn hat das Bundesfamilienministerium das Beratungsprojekt »Pausentaste – Wer anderen hilft, braucht manchmal selber Hilfe« gestartet, um junge Menschen mit Pflegeverantwortung zu unterstützen und die Öffentlichkeit für ihre Situation zu sensibilisieren.

www.pausentaste.de

Politiktip: Junge Menschen, die wissen wollen, welche jugendpolitischen Ziele die Abgeordneten im Niedersächsischen Landtag verfolgen, finden eine Übersicht auf der Webseite »nextvote« des Landesjugendrings.



Soli aktuell meint: So was sollte es in jedem Bundesland geben.

<http://www.nextvote.de>

Impressum



Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Verantwortlich für den Inhalt: Manuela Conte

Herausgeber: DGB Bundesvorstand, Abteilung Jugend und Jugendpolitik, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin, Tel.: 030 / 240 60 - 172, Fax: - 226

Redaktion: Jürgen Kiontke

E-Mail: juergen.kiontke@dgb.de

Internet: jugend.dgb.de

Druck: PrintNetwork pn / ASTOV Vertriebsgesellschaft mbH

Grafik: Heiko von Schrenk

Aboverwaltung: Daniela Linke, E-Mail: daniela.linke@dgb.de

Gefördert aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes (BMFSFJ)

Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung im Internet zu.

Aktivierende Ansprache: Feste Argumentation, authentische Inhalte rüberbringen und Menschen von unserer Idee begeistern – das ist unser Ziel. Wir wollen euch geeignete Methoden und Inhalte vorstellen, mit denen ihr andere davon überzeugt, Teil der Gewerkschaftsbewegung zu werden.



Hattingen – Seminare
Mit Martin Ströhmeier,
Leiter der DGB-Jugend-
bildung

Geschlechterreflektierende Arbeit in der Gewerkschaft: Neben der Entwicklung von Interventionsstrategien und Empowerment wollen wir auf

unsere eigenen Organisationen schauen und nachforschen, in welchen Bereichen ausschließende und diskriminierende Strukturen nach wie vor Bestand haben.

22. bis 24. Juni 2018. Hattingen

Anmeldungen: www.dgb-jugendbildung.de

8. bis 10. Juni 2018. Hattingen

solli aktuell abonnieren!



Das Abo ist kostenlos. Coupon ausschneiden und an die untenstehende Anschrift schicken.

Solli aktuell online abonnieren auf http://jugend.dgb.de/dgb_jugend/material/magazin-solli

Ich möchte monatlich _____ Exemplar(e) bestellen.

vorname	name
organisation	funktion
straße	nummer
plz	ort
unterschrift	

DGB Bundesvorstand
Abteilung Jugend und Jugendpolitik
Solli aktuell
Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin